

Rabbiner Homolka für Kampf gegen Antisemitismus als Staatsziel

Potsdam (KNA) Rabbiner Walter Homolka hat eine Verankerung von Antisemitismusbekämpfung als eigenständiges Staatsziel in der Brandenburger Verfassung gefordert. Zum Auftakt des Symposiums "Mit der Verfassung gegen Antisemitismus" betonte Homolka am Dienstag in Potsdam, dass Antisemitismus nicht das Gleiche wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sei, sondern ein "besonderes Phänomen". Deshalb müsse Artikel 7a der Landesverfassung entsprechend ergänzt werden. Dort heißt es bislang: "Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen."

Der Rektor des Potsdamer Abraham Geiger Kollegs für Rabbinerausbildung erklärte, Brandenburg trage eine "große Last": "Der Erfolg rechtspopulistischer Gedanken als Flucht vor den Herausforderungen der Moderne ist hier besonders groß. Wir können selbst in unserem Parlament den braunen Ausfluss davon sehen." Bisher sei es der Gesellschaft gelungen, dieses Gedankengut einzugrenzen, bis es ganz ins Zentrum vordringen könne. "Aber wir müssen uns mehr anstrengen, damit wir aus dem Geist unserer Verfassung wirksame Leitlinien für unser Zusammenleben hier in Brandenburg gewinnen."

Homolka erläuterte, das reale Verhalten von Juden habe ebenso wenig Einfluss auf das antisemitische Weltbild wie Fakten, denen gegenüber sich Antisemiten schon immer resistent gezeigt habe. "Es geht also um ein allumfassendes System von Ressentiments und (Verschwörungs-) Mythen, das sich wie Gift in unserer Gesellschaft verbreitet und unsere Werte zersetzt. Dem müssen wir sichtbar Einhalt gebieten."

Der Rabbiner betonte: "Die Verankerung der Antisemitismusbekämpfung als Staatsziel wäre ein deutliches Zeichen für das jüdische Leben in diesem Land, dass sich alle Menschen unter dieser Verfassung auf Augenhöhe zusammenfinden können, um unser vielfältiges Gemeinwesen in die Zukunft zu tragen." Ausdrücklich dankte er der anwesenden Landesministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Manja Schüle (SPD), dass sie dieses Symposium dazu nutze, um den Gedanken als Vorlage ins Parlament einzubringen. "Ich wünsche mir, dass das Hohe Haus des Landes Brandenburg ernsthaft über eine Verfassungsergänzung nachdenkt", so Homolka.